

Antragsbuch

Ordentlicher Kreisparteitag

am 21. Februar 2026

Inhalt

Antrag A1: Wege aus dem Chaos – Der echte Wechsel bei der Baustellenplanung	2
Antrag A2: Zukunftsorientierte Generalsanierung und eine funktionale Erweiterung der Kunsthalle	3
Antrag A3: Konzentration auf Kernaufgaben – Der echte Wechsel bei der Personalkostenentwicklung	4
Antrag A4: Wiederaufnahme der öffentlichen Direktübertragung Bielefelder Ratssitzungen	5
Antrag A5: zeitliche Verschiebung der für die Zukunft geplanten höheren CO2-Bepreisungen.....	6
Antrag A6: Aufnahme eines Vertreters des Seniorenrates in den Beirat der Bäder- und Freizeitgesellschaft.....	7
Antrag A7: Freiheit braucht Verantwortung - Für ein sicheres Silvester in Bielefeld	8
Antrag A8: Schule auf der grünen Wiese bauen – für ein Schulsystem, das Leistung bringt	9
Antrag A9: Keine Rückkehr zur Wehrpflicht – Für eine moderne, freiwillige Bundeswehr	11

Antrag A1: Wege aus dem Chaos – Der echte Wechsel bei der Baustellenplanung

Antragssteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- (1) Wir begrüßen jede Anstrengung, durch bessere Kommunikation und intensivere Abstimmungen unnötige Staus, Umfahrungen und ausbleibende Kundenzugänge für Geschäfte und Gewerbe zu vermeiden. Mehr Koordination kann helfen, Gipfel allein reichen jedoch nicht aus.
- (2) Wir fordern das Verkehrsamt auf, nachzuhalten, wie lange eine Baustelle mit entsprechenden Verkehrsbehinderungen und Sperrungen besteht und an wie vielen Tagen davon auch Arbeiten stattgefunden haben („Brutto- vs. Nettozeiten“). Aus diesen Angaben sollen dann je Bauunternehmen ein Durchschnittswert als Leistungsausweis in das Vergabeverfahren zur Anbieterbeurteilung neben der Preishöhe einfließen. Zur Verbreiterung der Informationsgrundlage bietet sich hierbei auch eine interkommunale Zusammenarbeit, ein interkommunaler Datenaustausch an.
- (3) Angesichts einer stark eingetrübten Baukonjunktur ist der Moment günstig, Fristen und Vertragsstrafen in das Vergabeverfahren zu integrieren, ohne Gefahr zu laufen, auf Ausschreibungen keine Angebote zu erhalten. Die Beeinträchtigung von Bürgern und Geschäftsinhabern muss ein Preisschild bekommen, damit alle Beteiligten auch ein finanzielles Interesse an Beschleunigungen und der Vermeidung von Verzögerungen haben. Die Stadt Bielefeld soll solche Ausschreibungen vorbereiten, anwenden und im Anschluss auswerten.
- (4) Die wichtigste verwaltungsinterne Koordinierungsmaßnahme ist die Zusammenlegung von Bauamt und Verkehrsamt in einem Dezernat. Die Bielefelder FDP setzt sich für eine entsprechende Änderung des Dezernatsverteilungsplans ein.

Begründung:

Die Vorgänge an der Baustelle Wertherstr. verdeutlichen, dass verstärkte Koordinationsbemühungen nicht allein ausreichen, um unnötige Sperrungen und Staus zu minimieren. Die von der FDP bereits vor der Wahl kommunizierten Maßnahmen müssen zwingend zusätzlich unternommen werden, um substanzielle Fortschritte zu erzielen.

Antrag A2: Zukunftsorientierte Generalsanierung und eine funktionale Erweiterung der Kunsthalle

Antragssteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Bielefelder Freien Demokraten bekräftigen ausdrücklich Ihre Unterstützung für eine zukunftsorientierte Generalsanierung und eine funktionale Erweiterung der Kunsthalle Bielefeld. Es besteht ein räumlicher Mehrbedarf der Kunsthalle, der sich sowohl im Hinblick auf Raumqualitäten und die Anforderungen aktueller Ausstellungspraktiken sowie auf die Ausweitung der Vermittlungsarbeit und Neustrukturierung des Verwaltungsbereiches bezieht. Wir fordern die Oberbürgermeisterin, Frau Dr. Bauer, die Dezernentin für Kultur, Frau Beckermann, die Bundestagsabgeordneten, Frau Dr. Esdar und Frau Hasselmann sowie die Landtagsabgeordneten, Frau Osei, Frau Kampmann, Herr Brüntrup und Herr Nettelstroth, eindringlich auf, sich unverzüglich für die Akquisition von Fördergeldern in substantieller Höhe auf Landes- und Bundesebene einzusetzen und in Gespräche mit der zuständigen Ministerin für Kultur auf Landesebene, Frau Ministerin Brandes, und auf Bundesebene mit dem Beauftragten für Kultur und Medien, Herrn Staatsminister Weimar, einzutreten. Frau Osei? Frau Kampmann?

Begründung

Die Akquisition substantieller Fördermittel erfordert eine strukturierte Vorgehensweise und gemeinsame Anstrengungen politischer Lobbyarbeit und kann nicht ausschließlich an eine Unterabteilung des Bielefelder Amtes für Finanzen oder den Immobilienservicebetrieb delegiert werden. Sie erfordert eine abgestimmte Vorgehensweise zwischen der Direktorin der Kunsthalle, den Gesellschaftern der Kunsthalle Bielefeld Betriebsgesellschaft mbH, der Kulturstiftung Pro Bielefeld und dem Vorstand des Förderkreises der Kunsthalle Bielefeld e.V.. Die Kunsthalle ist eine herausragende Kultureinrichtung von nationaler Bedeutung. Vor diesem Hintergrund gibt es überzeugende Argumente für eine umfangreiche Förderung durch das Land und den Bund, die mit umfangreichen Budgets für die Schaffung und Erhaltung kultureller Infrastruktur und gleichwertiger Verhältnisse in ganz Deutschland eintreten.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Vertreter der Bielefelder Kulturverwaltung und Mandatsträger in dieser Hinsicht professionalisieren und ambitioniert und zielgerichtet für die Sanierung und funktionale Erweiterung der Kunsthalle einsetzen. Keinesfalls darf die bereits beschlossene zukunftsorientierte Generalsanierung verschleppt noch inhaltlich auf ein Mindestmaß reduziert werden. Vielmehr ist sie in einer Qualität und mit dem Anspruch umzusetzen, der der architektonischen, kulturellen und gesellschaftlichen Bedeutung des Bauwerkes gerecht wird und seine nachhaltige Attraktivität für die Zivilgesellschaft sichert.

1 **Antrag A3: Konzentration auf Kernaufgaben – Der echte Wechsel bei**
2 **der Personalkostenentwicklung**

3

4 **Antragssteller: Kreisvorstand**

5 Der Kreisparteitag möge beschließen:

6

7 Der Kreisparteitag möge beschließen:

8 (1) Die Bielefelder FDP setzt sich für die Verabschiedung eines Personalkostendeckels für
9 den städtischen Haushalt ein. Ziel ist es, die Personalkosten in den nächsten Jahren
10 kontinuierlich zu reduzieren.

11

12 (2) Die natürliche Fluktuation muss genutzt werden, um Tarifsteigerungen aufzufangen
13 und echte Konsolidierungsbeiträge zu erreichen. Nur jede vierte Stelle wieder zu be-
14 setzen, zwingt die Verwaltung selbst dazu, überflüssige Leistungen, Angebote und
15 Projekte zu hinterfragen.

16

17 **Begründung:**

18 Erfolgt mündlich!

1 **Antrag A4: Wiederaufnahme der öffentlichen Direktübertragung Bielefelder**
2 **Ratssitzungen**

3
4 **Antragsteller: Gebhard Spilker für die Ü60-Gruppe**

5
6 Der Kreisparteitag möge beschließen:

7
8 Die Bielefelder FDP beantragt die Wiederaufnahme der öffentlichen Direktübertragung Bielefelder Ratssitzungen über das Internet in einer kostenarmen Ausführung.

9
10
11
12 **Begründung:**

13 Der Zuschauerplatz hat sich durch die Erhöhung der gewählten Ratsmitglieder so sehr verringert, dass bei der Ratssitzung am 22.01.2026 eine Vielzahl interessierter Bürger keinen Sitzplatz mehr mit Blick auf den Rat fanden.

14
15
16
17 Durch die Übertragung ergibt sich die Möglichkeit u.a. für Eltern, Berufstätige oder ältere Menschen gezielt und zeitökonomisch die Diskussion ausgesuchter Themen verfolgen zu können, ohne der gesamten Sitzung beiwohnen zu müssen. Für Bürger aus den am Rande liegenden Stadtbezirken der Flächenstadt Bielefeld reduziert sich der zeitliche Aufwand, der mit einer Anreise verbunden wäre. Selbst bei ungünstigen Wetterverhältnissen oder bei einer leichten Erkrankung oder bei einem Aufenthalt außerhalb Bielefelds kann der politisch interessierte Bürger an der Ratssitzung teilnehmen.

18
19
20
21
22
23
24
25 Das Argument erhöhter Kosten durch eine zusätzliche Dolmetschertätigkeit bei einer Internetübertragung entfällt, weil man vor Ort in der Ratssitzung auch keinen Dolmetscher für gehörlose oder schwerhörige Besucher arbeiten lässt.

Antrag A5: zeitliche Verschiebung der für die Zukunft geplanten höheren CO2-Bepreisungen

Antragssteller: Gebhard Spilker für den OV-Gadderbaum

Die FDP Bielefeld möge sich für eine zeitliche Verschiebung der für die Zukunft geplanten höheren CO2-Bepreisungen einsetzen.

Begründung:

ein Land muss sich eine Politik einer laufenden künstlichen Verteuerung fossiler Energieträger unter einer Kosten-Nutzen Gesamtrechnung leisten können. Dazu ist Deutschland aber momentan nicht mehr in der Lage. Einerseits trägt die Verbrennung fossiler Energieträger zur Erwärmung des globalen Klimas bei.

Eine CO2-Bepreisung soll helfen die Klimaveränderung auf der Erde abzuschwächen. Hier ist zu bewerten, wie hoch dazu der Beitrag Deutschlands ausfallen könnte. Andererseits haben sich die Rahmenbedingungen für Deutschland inzwischen verändert.

Die von der Politik beschlossene Gesetzgebung stammt aus einer Zeit, als sich Deutschland noch stark fühlte. Inzwischen hat sich aber die Wettbewerbsfähigkeit für Anbieter mit Produkten aus Deutschland verschlechtert.

Außenpolitisch wird Deutschland und die EU massiv bedroht. Die Reaktion darauf ist mit damals noch gar nicht absehbaren Kostenaufwendungen verbunden. Und innenpolitisch hat eine seit der Coronakrise und dem Ukrainekrieg höhere Inflation z.B. bei Lebensmitteln, Dienstleistungen, Versicherungen und Mieten die Lebenshaltungskosten für die Bevölkerung spürbar verteuert.

Aufgrund dieser Änderungen außen- und innenpolitischer Art entsteht an sich schon für alle in Wirtschaft und Gesellschaft der Zwang zwecks Kostenreduzierung den fossilen Energieverbrauch zu verringern. Dessen politisch-erzieherisch gewollte zusätzliche Verteuerung gibt aber gefährlichen politischen Extremisten die Munition in die Hand, um die in ihren Augen "alte", "woke" oder "kapitalistische" Gesellschaftsordnung zu Fall zu bringen. Möglichst geringe Lebenshaltungskosten fördern dagegen die politische und soziale Stabilität einer Gesellschaft. Deshalb ist ein Innehalten bei der CO2-Bepreisung das Gebot der Stunde.

**Antrag A6: Aufnahme eines Vertreters des Seniorenrates in den Beirat
der Bäder- und Freizeitgesellschaft**

Antragsstellerin Susanne Hahn für die Ü60-Gruppe:

Die Kreispartei möge sich dafür einsetzen, dass

Der Beirat der Bäder- und Freizeitgesellschaft wird um einen stimmberechtigten Vertreter bzw. eine Vertreterin des Seniorenrates erweitert. Der Seniorenrat benennt die entsprechende Person.

Begründung

Seniorinnen und Senioren stellen einen bedeutenden Anteil der Nutzerinnen und Nutzer der Angebote der Bäder- und Freizeitgesellschaft dar. Schwimmbäder, Saunen sowie weitere Freizeitangebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge, sozialen Teilhabe und Lebensqualität älterer Menschen.

Der Seniorenrat vertritt die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe und verfügt über wertvolle Expertise zu deren spezifischen Bedürfnissen, etwa in den Bereichen Barrierefreiheit, Tarifgestaltung, Angebotsentwicklung und Aufenthaltsqualität. Eine direkte Beteiligung im Beirat der Bäder- und Freizeitgesellschaft ermöglicht es, diese Perspektiven frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Die Aufnahme eines Vertreters bzw. einer Vertreterin des Seniorenrates in den Beirat der Bäder- und Freizeitgesellschaft stärkt die Partizipation älterer Menschen, verbessert die Bürger-nähe der Gesellschaft und trägt zu einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Angebote bei.

Darüber hinaus entspricht die Maßnahme dem Ziel einer generationengerechten Kommunalpolitik und fördert Transparenz sowie Akzeptanz der Entscheidungen der Bäder- und Freizeitgesellschaft.

**Antrag A7: Freiheit braucht Verantwortung - Für ein sicheres Silvester
in Bielefeld**

Antragssteller: Junge Liberale Bielefeld, Micha Kasper, Jannis Kohlhase, Kai Detlefsen

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Bielefeld steht für ein dauerhaftes kommunales Verbot des Abbrennens privaten Feuerwerks im gesamten Stadtgebiet von Bielefeld und setzt sich auf kommunaler, Landes- und Bundesebene für entsprechende rechtliche Regelungen ein.

Freiheit bedeutet für uns Freie Demokraten Eigenverantwortung. Diese endet jedoch dort, wo Leben, Gesundheit und Eigentum unbeteiligter Dritter gefährdet werden. Das private Silvesterfeuerwerk führt jährlich zu erheblichen Verletzungen, teils mit dauerhaften gesundheitlichen Schäden, zu Sachbeschädigungen sowie zu massiven Belastungen für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste. Die daraus resultierenden Risiken und Kosten werden nicht allein von den Verursachern getragen, sondern von der Allgemeinheit.

Der Staat ist verpflichtet, Leben und körperliche Unversehrtheit zu schützen. Ein regelmäßig wiederkehrendes und vorhersehbares Gefahrenpotenzial rechtfertigt daher ordnungsrechtliche Maßnahmen. Das Abbrennen von Feuerwerkskörpern ist rechtlich bereits eine Ausnahme vom grundsätzlichen Verbot und wird lediglich zum Jahreswechsel zeitlich begrenzt erlaubt. Ein generelles Verbot stellt somit eine konsequente Fortentwicklung der bestehenden Rechtslage dar.

Zudem ist die Unterscheidung zwischen legalem und illegalem Feuerwerk praktisch kaum kontrollierbar und führt zu erheblichen Vollzugsproblemen sowie zusätzlichen Grundrechtseingriffen. Darüber hinaus verursachen private Feuerwerke erhebliche Umwelt- und Lärmbelastungen, insbesondere in dicht besiedelten Stadtgebieten wie in unserer Stadt Bielefeld. Relevante wirtschaftliche Interessen stehen einem Verbot nicht entgegen.

Die FDP Bielefeld setzt sich zugleich dafür ein, alternative, zentral organisierte und professionell durchgeführte Jahreswechselveranstaltungen zu ermöglichen, um das gemeinschaftliche Erlebnis des Jahreswechsels zu erhalten und gleichzeitig Sicherheit, Ordnung und Verantwortung in Einklang zu bringen.

Begründung:
erfolgt mündlich.

**Antrag A8: Schule auf der grünen Wiese bauen – für ein Schulsystem,
das Leistung bringt**

Antragssteller: Junge Liberale Bielefeld, Micha Kasper, Jannis Kohlhase

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Das deutsche Schulsystem steckt in einer strukturellen Krise. Internationale Vergleichsstudien zeigen seit Jahren Leistungsrückgänge. Gleichzeitig hängt der Bildungserfolg in kaum einem anderen Industrieland so stark vom Elternhaus ab wie in Deutschland. Ein System, das Chancen vererbt, statt Leistung zu fördern, wird weder unserem Leistungsanspruch noch unserem Gerechtigkeitsverständnis gerecht.

Das dreigliedrige Schulsystem stammt aus einer Zeit, in der Bildungsbiografien früh festgelegt und gesellschaftliche Rollen klar verteilt waren. Diese Realität existiert nicht mehr. Heute brauchen wir Durchlässigkeit, individuelle Förderung und klare Leistungsanreize – nicht institutionelle Trennung im Alter von zehn Jahren. Die frühe Aufteilung zementiert Unterschiede, statt Potenziale zu entwickeln.

Gleichzeitig führt der Flickenteppich aus Schulformen, Sonderregelungen und Übergangssystemen zu enormer Bürokratie und Intransparenz. Ressourcen fließen in Verwaltungsstrukturen statt in Unterrichtsqualität. Lehrkräfte werden gebunden, statt pädagogisch gestärkt.

Deutschland steht vor massiven Herausforderungen: Fachkräftemangel, Transformation der Arbeitswelt, steigende Anforderungen an Qualifikation und Eigenverantwortung. Wir können es uns nicht leisten, Talente zu verlieren – weder im akademischen noch im beruflichen Bereich. Ein modernes Bildungssystem muss beides gleichwertig fördern und echte Aufstiegschancen eröffnen.

Leistung braucht klare Strukturen, Verlässlichkeit und Durchlässigkeit. Deshalb schlagen wir ein System nach österreichischem Vorbild vor: gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse, um Potenziale zu entwickeln und Bildungswege offen zu halten – anschließend eine klare Differenzierung in einen gymnasialen oder beruflichen Bildungsweg. Mit einer dualen Oberstufe, die Abitur und Ausbildung verbindet, schaffen wir echte Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.

Unser Ziel ist ein leistungsorientiertes, chancengerechtes und transparentes Schulsystem. Weniger Bürokratie, mehr Qualität.

-
- 39 **Die FDP Bielefeld fordert daher die Schaffung eines Schulsystems nach österreichischem**
40 **Vorbild mit folgenden Bausteinen:**
- 41 • Beibehaltung der Grundschule bis zur vierten Klasse
 - 42 • Zusammenlegung aller Schulformen ab der fünften Klasse zu einer Gemeinschafts-
43 schule bis zur achten Klasse
 - 44 • Differenzierung ab der achten Klasse in Gymnasien und berufliche Bildung (Berufskol-
45 leg) bis zur dreizehnten Klasse
 - 46 • Einrichtung einer dualen Oberstufe mit der Möglichkeit, das Abitur in Verbindung mit
47 einer Ausbildung zu erwerben

**Antrag A9: Keine Rückkehr zur Wehrpflicht – Für eine moderne,
freiwillige Bundeswehr**

Antragssteller: Vorstand Junge Liberale Bielefeld

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Freien Demokraten sprechen sich klar und unmissverständlich gegen jede Wiedereinführung der Wehrpflicht aus und bestärkt dies auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene aus. Stattdessen setzen wir auf eine moderne, leistungsfähige und freiwillige Bundeswehr, die in einer freiheitlichen Demokratie fest verankert ist.

Begründung

Die Verteidigung unserer Demokratie, unserer Freiheit und unserer offenen Gesellschaft ist eine zentrale staatliche Aufgabe. Angesichts wachsender sicherheitspolitischer Herausforderungen muss Deutschland zu seinen Kernaufgaben zurückkehren – dazu gehört insbesondere die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht ist dafür weder geeignet noch notwendig.

Die Ablehnung der Wehrpflicht ist Teil des liberalen Markenkerns der Freien Demokraten. Sie steht für unser Verständnis von Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Diese Haltung hat die FDP über Jahrzehnte geprägt und macht uns als liberale Kraft aus.

Erst Reformen – dann Debatten über Zwang

Bevor über Pflichtdienste diskutiert wird, muss Deutschland – wie in vielen anderen Bereichen – zunächst strukturelle Anpassungen vornehmen:

- Die Bundeswehr kämpft weiterhin mit erheblichen Beschaffungsproblemen und ineffizienten Strukturen.
- Schätzungen und Berichte zeigen, dass auf etwa zwei Soldatinnen und Soldaten ein ziviler Verwaltungsmitarbeiter kommt. Dieses Missverhältnis verdeutlicht den enormen Reformbedarf in Organisation und Verwaltung.
- Eine Wehrpflicht würde diese strukturellen Probleme nicht lösen, sondern den Verwaltungs- und Ausbildungsaufwand massiv erhöhen.

Eine Rückkehr zu den Kernaufgaben bedeutet: Sicherheit gewährleisten, Einsatzbereitschaft stärken und dabei die Professionalität der Streitkräfte ausbauen – ohne Zwangsdienste. Freiwilligkeit funktioniert bereits

Viele junge Menschen verbinden den Dienst an der Waffe nicht nur mit dem Verlust persönlicher Freiheit, sondern stellen auch den Sinn einer solchen Verpflichtung infrage. Gleichzeitig zeigt die Realität:

- Pro Jahr treten bereits rund 20.000 Menschen freiwillig in die Bundeswehr ein.
- Laut Angaben des Bundesministerium der Verteidigung sind etwa 10 % der neuen Soldatinnen und Soldaten minderjährig, entscheiden sich also besonders früh freiwillig für diesen Weg.

Diese Zahlen zeigen: Die Bundeswehr hat ein tragfähiges Fundament freiwilligen Engagements. Dieses muss durch Attraktivität, moderne Karrierewege und bessere Rahmenbedingungen gestärkt werden – nicht durch Zwang.

Individuelle Lebensentscheidungen schützen

Im Zentrum liberaler Politik steht das Recht jedes Menschen, seinen eigenen Lebensweg selbst zu gestalten. Eine Wehrpflicht greift tief in diese individuelle Entscheidungsfreiheit ein. Junge Menschen sollen selbst entscheiden können, ob sie einen militärischen oder zivilen Dienst leisten möchten – aus Überzeugung, nicht aus staatlichem Zwang.

Effizienz und Professionalität

Moderne Streitkräfte benötigen hochqualifizierte, motivierte und langfristig gebundene Fachkräfte. Eine Wehrpflicht würde enorme Ressourcen in Ausbildung, Verwaltung und kurzfristige Personalrotation binden und damit die notwendige Professionalisierung schwächen.

Die Verteidigung unserer Demokratie und die Gewährleistung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger braucht Motivation, Kompetenz und Überzeugung – keine Pflichtdienste.

Die Freien Demokraten setzen deshalb auf Freiwilligkeit, Attraktivität und strukturelle Reformen statt auf staatlichen Zwang